

„Ich weiß, was ich kann“

Interview. FPÖ-Obfrau Ursula Haubner über illegale Asylwerber, Hilfestellung für den Innenminister, Frauenrechte in der Türkei und den Zug zur Macht.

profil: Frau Staatssekretär, gehören Sie jetzt auch zu jenen Neugierigen, die Jelinek-Bücher kaufen?

Haubner: Ich bin keine Jelinek-Leserin. Ich habe andere Autoren und Autorinnen, die ich schätze.

profil: Warum haben Sie Frau Jelinek nicht granuliert?

Haubner: Unsere Kultursprecherin Helene Partik-Pablé hat das übernommen, unter dem Motto „Zwei Seelen wohnen in ihrer Brust“. Ich denke, das war treffend.

profil: Im Wahlkampf 1995 klebten FPÖ-Plakate, auf denen neben anderen Personen auch Elfriede Jelinek verunglimpft wurde. In der FPÖ gibt es immer wieder Stimmen, die verlangen, die FPÖ möge zu ihren Wurzeln zurückkehren. Würden Sie das heute wieder plakatieren?

Haubner: Wir wären falsch beraten, nur an der Vergangenheit anzuknüpfen. Heute sind die Themen andere. Soziale Sicherheit im Alter, Arbeitsplätze für die Jugend, Familien- und Frauenpolitik. Und wir müssen uns auch den Problemen bei der Zuwanderung stellen.

profil: Wir haben an sich schon ein sehr strenges Asylgesetz. An welche Lösung denken Sie da?

Haubner: In der Vergangenheit wurden diese strengen Bestimmungen zu wenig

exekutiert und damit viele Asylwerber, die illegal da sind, zu hilfsbedürftigen Flüchtlingen gemacht. Jetzt wissen wir nicht, wo wir sie unterbringen sollen. Die undurchschaubarsten Abläufe sind in Wien. Da sind die meisten Asylwerber, die meisten Illegalen. Ich verstehe, dass die Bevölkerung aufgebracht ist.

„Ich kann mich für ein Kopftuchverbot nicht erwärmen. Mich stört mehr die Lücke bei den Frauenrechten in der Türkei“

profil: Aber die Asylfrage ist schon Bundessache.

Haubner: Es geht um die Verfahren. Die Verkürzung auf 72 Stunden halte ich für richtig, aber es wäre nötig, diese Bestimmung schon bei der Erstaufnahme an der Grenze anzuwenden.

profil: Haben Sie vor, weitere Verschärfungen beim Asylgesetz vorzunehmen?

Haubner: Wir haben ein gutes Gesetz, das nur durch die Mitwirkung der Freiheitlichen so entstanden ist. Aber im Vollzug zeigen sich Lücken, gerade etwa im Bereich von Grenzübergängen in Oberösterreich. Tschechien gilt als sicheres Drittland und nimmt teilweise keine Flüchtlinge zurück. Das muss in Verhandlungen geklärt werden. Ungelöst ist auch die Frage der Abschiebung von kri-

minellen Asylwerbern. Da müssen wir uns gemeinsam mit der EU etwas einfallen lassen.

profil: Sind Sie eigentlich mit der Arbeit des Innenministers zufrieden?

Haubner: Ich bin mit der Arbeit der freiheitlichen Regierungsmitglieder zufrieden. Gerade auch unsere Justizministerin küm-

mert sich sehr um die innere Sicherheit und konnte jetzt auch im Zuge der Budgetverhandlungen mehr Geld für die Justizwache herausschlagen.

profil: Sie sind nur mit den FPÖ-Ministern zufrieden?

Haubner: Als Parteibefürworter gestatte ich mir, meine Parteifreunde zu loben.

profil: Das heißt, ohne FPÖ hätte der Innenminister nicht viel weitergebracht?

Haubner: Das heißt, dass wir als FPÖ einen großen Anteil daran haben. Beim Asylgesetz wie beim Sicherheitspolizeigesetz.

profil: Der Wiener FPÖ-Obmann Strache versucht in Wien mit einer harten Ausländerpolitik zu punkten, festgemacht am EU-Beitritt der Türkei. Halten Sie das für erfolgversprechend?

Haubner: Strache vertritt klar die FPÖ-Linie, und das ist gerade in Wien legitim, weil es dort Sicherheitsprobleme gibt.

profil: Die klare Linie gilt offenbar nicht für den Kärntner Landeshauptmann, der in der Türkei-Frage eine andere Meinung vertritt. Hat er ein Privileg?

Haubner: Jörg Haider vertritt eine differenzierte Meinung, aber er sagt auch dazu, er akzeptiert den FPÖ-Vorstandsbeschluss.

profil: Im Zusammenhang mit der Türkei wird auch immer wieder das Tragen des Kopftuches thematisiert. Akzeptieren Sie die liberale Haltung Österreichs?

Haubner: Ich kann mich für ein Kopftuchverbot nicht erwärmen, aber ich habe noch keine endgültige Meinung. Mir sind andere Dinge wichtig. Was mich mehr stört, ist die fehlende soziale Absicherung von Frauen in der Türkei, die Lücke bei den Frauenrechten oder die Tatsache, dass jedes zweite Mädchen keine Schulbildung hat.

profil: Die CIA wirft Ewald Stadler vor, über die Irakisch-Österreichische Gesellschaft Ölgeschenke von Saddam Hussein



Staatssekretärin Ursula Haubner: „Es hat mich immer gestört, dass viele Frauen keinen eigenständigen Pensionsanspruch haben, sondern darauf warten müssen, bis sie eine Witwenpension bekommen“

angenommen zu haben. Trauen Sie das dem Volksanwalt zu?

Haubner: Der Generalsekretär der Irakisch-Österreichischen Gesellschaft hat bereits gesagt: Wer kontrollieren will, kann kontrollieren.

profil: Das heißt, Sie schließen sich dem Finanzminister an, der eine umfassende Aufklärung verlangt.

Haubner: Ich werde keine Vorgaben machen. Die Behörden sollen entscheiden, ob und wie sie vorgehen.

profil: Karl-Heinz Grasser hat das Doppelbudget für 2005/06 vorgelegt. Wörtlich hat er im Parlament gesagt, er hoffe, dass die Steuerreform auch der Regierung etwas bringe ...

Haubner: Das hat er gesagt?

profil: Ja, entwaffnend offen. Was bringt sie der FPÖ?

Haubner: Also primär soll die Steuerreform den Menschen etwas bringen. Darum haben wir ja auch so darauf gedrängt.

profil: Die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal hat einmal gesagt, Frauenpolitik spiegelt sich auch in der Budgetpolitik wider. Wo ist Ihre Handschrift?

Haubner: Sogar kritische Experten wie Bernd Marin erkennen an, dass bei den

Frauenpensionen noch nie so viel gemacht wurde. Es hat mich immer gestört, dass viele Frauen keinen eigenständigen Pensionsanspruch haben, sondern darauf warten müssen, bis sie eine Witwenpension bekommen. Ebenso hat mich gestört, dass arbeitslose Frauen keine Notstandshilfe bekommen, wenn das Partnereinkommen zu hoch ist. Ab jetzt werden die Notstandsbezugszeiten auf die Pension angerechnet.

profil: In Wien verdichten sich die Hinweise auf vorgezogene Wahlen. Legen Sie der FPÖ in Wien eine Latte?

Haubner: Nein, die Landesparteien sind autonom.

profil: Andersrum: Ab welchem Ergebnis würden Sie sich freuen?

Haubner: Über alles, was im zweistelligen Bereich ist.

profil: Als Außenstehender hat man ein bisschen den Eindruck, Sie sind die Bändigerin eines inhomogenen Haufens. Wie würden Sie denn Ihre Rolle beschreiben?

Haubner: Als Chefin eines Teams mit sehr vielfältigen Persönlichkeiten.

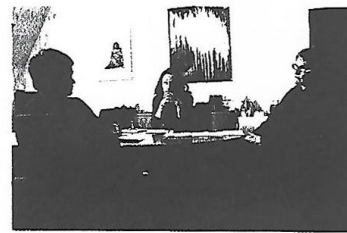
profil: Jeder Mann, der die Parteiführung übernommen hätte, hätte den Anspruch auf den Vizekanzler gestellt. Warum Sie nicht?

Haubner: Das war für mich nicht das Thema. Die Parteiführung setzt nicht unbedingt eine hohe Regierungsfunktion voraus.

profil: Uns fällt ad hoc aber keine Regierungspartei ein, wo der Parteichef nicht zugleich Kanzler oder Vizekanzler gewesen wäre. Fehlt Frauen der Zug zur Macht?

Haubner: Meistens. Viele Frauen sehen Macht als etwas Negatives. Ich habe in meinem politischen Leben vieles dazugelernt. Als ich 1997 in die Landespolitik kam, habe ich das als Auszeichnung gesehen. Heute weiß ich, was ich kann.

Interview: Edith Meinhart, Ulla Schmid



In Haubners Büro „Die Parteiführung setzt nicht unbedingt eine hohe Regierungsfunktion voraus“